# impulse

Informationsblatt des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. Märkisch-Oderland

5 2016


**In dieser Ausgabe:**


Menschlichkeit – Alternative zur AfD Seite 2

Tag der Befreiung: Rechtstrend in ganz Europa Seite 3

Dialog mit Russland fördern Seite 3

Demo für Menschlichkeit und Miteinander am 11. Juni Seite 4


## Kein Platz für Rechte

Mehrere Hundert besorgter Menschen aus der Region um Müncheberg folgten am 30. April dem Aufruf der Bürgermeisterin der Stadt, Dr. Uta Barkusky (DIE LINKE) sowie des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Dr. Hans-Jürgen Wolf (SPD) und stellten sich zwei Dutzend Teilnehmern einer NPD-Kundgebung auf dem Marktplatz entgegen. Ein breites Bündnis von Parteien und Organisationen Münchebergs und des gesamten Kreises Märkisch-Oderland demonstrierte für eine Willkommenskultur, für Vielfalt und Mitgefühl sowie gegen Fremdenhass. Den vielen Bürgerinnen und Bürgern war es wichtig, gegen rechtes, menschenverachtendes Gedankengut auf die Straße zu gehen und zu bekunden, dass vor



Foto: A. Fortunato

Krieg geflüchteten Menschen geholfen werden muss. Sie riefen den NPD-Vertretern entgegen: „Haut ab“ und „Nazis raus!“.
Am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus ergriffen die Bürgermeisterin von Müncheberg sowie die Landtagsabgeordneten der LINKEN, der SPD und der Grünen das Wort. Sie waren sich einig: „Rechte haben in unserer Stadt keinen Platz“.

r.a.

## Meine Grundwerte: Gerechtigkeit und Solidarität



Foto: Renate Adolph

*Marco Bchel und Bettina Fortunato am 1. Mai in Strausberg*

**Marco Büchel ist Abgeordneter für Menschen in Märkisch-Oderland. Und so treffe ich ihn auch voller Elan am östlichen Berliner Stadtrand in Hoppegarten bei einer Veranstaltung, in der er Rede und Antwort steht. Seit über zwei Monaten sitzt der gelernte Sozialversicherungsfachangestellte aus Bad Freienwalde wieder für die LINKEN im Brandenburger Landtag. Er ist nachgerückt für Kerstin Kaiser, die jetzt das Moskauer Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung leitet. Der heute 33-jährige, von 2009 bis 2014 jüngster Abgeordneter des Landesparlamentes, steckt schon wieder voll drin: Vorsitzender des Landtagsausschusses für Europaangelegenheit, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN in Brandenburg, Stadtverordneter in seiner Heimatstadt.**

**Marco, worum geht es Dir als Abgeordneter?**
Ganz oben steht für mich der direkte Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern. Deswegen habe ich mich auch sehr gefreut, das ehemalige Wahlkreisbüro von Kerstin Kaiser weiterführen zu können. So gibt es neben meinem „Stammbüro“ in Bad Freienwalde seit dem 1. März im berlinnahen Strausberg ein weiteres Wahlkreisbüro von mir. Hier möchte ich jeden 1. und 3. Montag im Monat als Gesprächspartner zur Verfügung stehen. Da kann jedermann vorbei kommen. Vorher per Telefon oder Mail anmelden, wäre besser. Wer mich kennt, weiß, dass ich mich nicht so gern in Büros aufhalte, stattdessen viel lieber bei den Menschen vor Ort bin zwischen Oderbruch und der Umgebung Berlins. DIE LINKE muss wieder mehr als Partei für den Alltag der Menschen, als einzige Partei mit ehrlichem sozialem Engagement wahrgenommen werden. Gute Bildung für alle, die gesundheitliche Versorgung und die Betreuung unserer Jüngsten in den Kitas spielen für mich dabei eine herausgehobene Rolle.

**Du bist neben Europafragen auch für Verbraucherschutz im Landtag zuständig.**
Die gesunde Ernährung der Kinder liegt mir besonders am Herzen: Ausreichendes Frühstück, Schulessen mit frischen Waren →

# Menschlichkeit – Alternative zur AfD




Die Landtagswahlen vom 13. März waren nicht einfach nur “Protestwahlen”. Bislang randständige nationalkonservative, nationalliberale und christlich-fundamentalistische Milieus einerseits und neo-völkische Kräfte und Strömungen andererseits treten aus dem Schatten und formieren eine Bewegung der kulturellen und sozialen Revanche, die sich parlamentarisiert. Ihre Brisanz liegt in der gesellschaftlichen Breite, in Einfluss und Verankerung bis in die soziale Mitte hinein, über Milieu- und Parteigrenzen hinweg. Sie verfügt über ein intellektuelles Hinterland bis in die Eliten des Landes. Und ihr folgen jene, die von den sozialen Ungleichheiten, von den Machtasymmetrien unserer Gesellschaft betroffen sind oder sich betroffen fühlen – und die Rettung nicht mehr in der Gleichheit der Menschen, sondern in der gewollten Ungleichheit zu den eigenen Gunsten sehen. Die AfD in ihrer Vielfalt verbindet das Nein zu einer Einwanderungsgesellschaft, die von nicht mehr, aber eben auch nicht weniger als den gelebten Normen des Grundgesetzes zusammengehalten wird.

## Soziale Gerechtigkeit umstritten

Soziale Notlagen und Abstiegsängste können nicht als Legitimation dienen, keine weiteren Schutzsuchenden aufnehmen zu wollen.
Angesichts der Krisen der letzten Jahre wird schon länger gefragt, ob wir in diesem Land so weiter leben können wie bisher. Ob die Politik daran schuld ist. Ob sie in der Lage ist, unser Leben auf gute Art neu zu ordnen. Ob wir die richtigen Strukturen und Institutionen dafür haben. Das Verständnis, wie die soziale Frage heute lautet und was soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert auszeichnet, ist gesellschaftspolitisch umstritten. Verteilungsfragen sind ein Aspekt, Werte und Normen ein anderer. Dieser Deutungskampf in der Gerechtigkeitsfrage muss gewonnen werden.

## Unsere Werte einbringen

Bringen wir als LINKE unsere Werte ein und erfüllen sie mit neuem Leben. Wir verstehen uns als verlässliche Ansprech- und Dialogpartnerin für zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen, auch wenn wir uns im Einzelfall nicht jedes Anliegen zu eigen machen können und wollen. Wie eine Gesellschaft mit Benachteiligten umgeht, sagt viel darüber aus, wohin sie sich entwickelt. Humanität, Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität – das sind Werte, für die wir kämpfen, in allen Lebensbereichen. Wir wollen ein Land, in dem niemand Angst haben muss. Durch die vermehrte Zuwanderung aufgrund steigender Flüchtlingszahlen entstehen Chancen für unser Land. Es muss gelingen, die neuen Einwohnerinnen und Einwohner in die Gemeinschaft zu integrieren. Werte wie Solidarität, Toleranz und Weltoffenheit müssen noch stärker als bisher identitätsbildend für Brandenburg werden. Das kann nur gelingen, wenn wir solidarisch um unsere Vision für ein Brandenburg der Teilhabe, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit streiten.

## Veranstaltungen, Podien, Diskussionsrunden

Eine grundsätzliche Ablehnung der Teilnahme an Foren und Podien, wenn AfD-VertreterInnen eingeladen sind, halten wir, anders als bei z. B. der NPD, für nicht zielführend. Es würde den Eindruck erwecken, wir scheuten die Auseinandersetzung. Sie würden zum Märtyrer im Kampf für die „Stimme der Bürger“, unterdrückt und ignoriert vom „Allparteienkartell“. Eine politische Entzauberung der AfD kann aber nur stattfinden, wenn wir sie aktiv betreiben. Wenn die AfD selbst Veranstalterin ist, nehmen wir jedoch nicht teil. Wir werden solche Veranstaltungen nicht durch unsere Teilnahme aufwerten. Zu unseren eigenen Aktivitäten laden wir VertreterInnen der AfD nicht ein. Wir werden der AfD kein zusätzliches Podium für die Verbreitung ihrer Inhalte geben.

## Parlamente und Kommunalvertretungen

Wir behalten stets im Auge, dass es vor allem um Klärungsprozesse in der Gesellschaft geht – und erst in zweiter Linie darum, wie man die AfD behandeln soll. Abgrenzen – ja, ausgrenzen – nein, so könnte man die Praxis des Parteienbogens von CDU, SPD, LINKE, Grüne und Freie Wähler im Brandenburger Landtag auf einen Punkt bringen. Keine Verweigerung von Debatten, aber auch keine Aufwertung populistisch suchen und führen. Keine Hysterie, aber klare Kante. Wir als LINKE betreiben einen Kurs der klaren politischen und organisatorischen Abgrenzung.
Gleichzeitig gilt aber der Grundsatz, dass wir keine Beschneidung demokratischer Rechte wollen, auch nicht der AfD. Eine Zustimmung zu Anträgen der AfD wird es von der LINKEN nicht geben. Es werden auch keine Absprachen mit AfD-MandatsträgerInnen getroffen. Wir machen deutlich, dass die politischen Positionen der AfD außerhalb der Vorstellungen einer solidarischen, demokratischen und egalitären Gesellschaft stehen.

*DIE LINKE. Landesverband Brandenburg*

Die Positionen der AfD sind das direkte Kontrastprogramm einer sozialen, demokratischen, offenen und rechtsstaatlichen Gesellschaft. Ihr geht es um gesellschaftspolitischen Egoismus. Ultrakonservativ richtet sie sich gegen jegliche Veränderung der Gesellschaft zugunsten von Abschottung und Deutschtümelei.

- Die AfD ist eine radikale Partei, die versucht, mit Hetze gegen Ausländer, Flüchtlinge, Muslime und Juden Wählerstimmen zu fangen, um eine Politik in Deutschland durchzusetzen, die unser Land radikal verändern soll.
- Sie ist gegen die Rechte von Frauen.
- Sie ist gegen die gesetzliche soziale Absicherung von einfachen Beschäftigten.
- Sie stigmatisiert Alleinerziehende.
- Sie steht mit ihrer Klimapolitik für die Zerstörung der Natur.
- Jeder, der nicht männlich, weiß und wohlhabend ist, bekommt wahrscheinlich ein Problem, wenn die AfD an die Macht kommen sollte

*David Schraven*
*https://correctiv.org/blog/2016/03/14/das-afd-programm-entschluesselt/*

*Fortsetzung v. Seite 1*

aus der Region und für jeden erschwinglich. Dazu gibt es ein Schulobstprogramm der EU, das ich helfen will umzusetzen. Verbraucherschutz ist sehr umfangreich: angefangen vom Vertragsrecht, Datenschutz über Digitalisierung bis hin zur guten Ernährung.

**Worum geht es der LINKEN im Umgang mit der AfD?**
Erst einmal halte ich nichts davon, mit Fingern auf Wähler oder Sympathisanten dieser Partei zu zeigen und sie alle in eine Schublade zu stecken. Ich beobachte zunehmende Unzufriedenheit vieler in Deutschland, insbesondere bei den sogenannten „kleinen Leuten“ und gleichzeitig wachsendes Desinteresse der vermeintlichen Entscheider an den Lebensumständen der Menschen. Alles dreht sich nur noch um das Wohlergehen – früher nannte man das „Profit“ – von Unternehmen in- und ausländischer Natur. Und diese Politik wird uns Tag für Tag als alternativlos eingetrommelt. Da kann ich schon verstehen, dass Angst und Unsicherheit in der Bevölkerung um sich greifen. Was mir allerdings überhaupt nicht in den Kopf will, wie man dann auf die Idee kommt, einen Flüchtlingsbus zu stoppen, die Insassen zu beschimpfen, ja fast körperlich zu bedrängen und „Wir sind das Volk“ zu schreien! Ich will damit sagen, die AfD kanalisiert Unsicherheit und Abstiegsängste in rassistische Hetze und lenkt so von der sozialen Spaltung und der ungerechten Verteilung des Reichtums ab. Der Mindestlohn allerdings ist in den Augen von Frau Petry ein „Jobkiller“ und „sozialromantisch“. So sehen die Fakten aus und die sollten wir nicht verschweigen.
Ansonsten sollten wir uns als LINKE der Verantwortung und der Erwartung vieler Menschen stellen und ihnen deutlich machen, welches politische Angebot wir haben.

*Das Gespräch führte Renate Adolph*

# Tag der Befreiung: Rechtstrend in ganz Europa

**Anlässlich des Jahrestags der Befreiung der Welt von der Barbarei des deutschen Faschismus am 8. Mai erklärte der Landesvorsitzende der LINKEN Brandenburg, Christian Görke:**

Vor 71 Jahren besiegten die alliierten Armeen die faschistische Wehrmacht und beendeten den Zweiten Weltkrieg und damit millionenfaches Morden, das Leiden und die Verfolgung Andersdenkender, Andersglaubender, Anderslebender. Auch heute danken wir den Menschen, die die Welt vom Nazi-Faschismus befreit haben.

Es ist heute wichtiger denn je, an den Tag der Befreiung zu erinnern, denn wir sind aktuell mit einem Rechtstrend in ganz Europa konfrontiert. Auch in Deutschland ist die rechte AfD auf dem Vormarsch, PEGIDA hat nach wie vor Zulauf und die Zahl rechter und fremdenfeindlicher Übergriffe ist, auch in Brandenburg, auf einem gefährlich hohen Niveau. Und es zeigt sich wieder einmal mehr: Wer versucht, mit der Anbiederung an rechtspopulistische Forderungen, rechte Parteien zu schwächen, stärkt sie letztendlich. DIE LINKE wird sich weiterhin der rechten Hetze und den Parolen entgegenstellen. Wir setzen Solidarität gegen die menschenverachtende Politik und Ideologie von AfD und Co. Wir werden nicht hinnehmen, dass in dieser Gesellschaft die Einen gegen die Anderen ausgespielt werden!



*Kranzniederlegung in der Gedenkstätte Seelower Höhen am 8. Mai*

Foto: A. Fortunato

Der Tag der Befreiung ist uns aus diesen Gründen gerade heute Verpflichtung, für Solidarität und Gerechtigkeit zu kämpfen. Deshalb ist es richtig, dass DIE LINKE sich dafür eingesetzt hat, dass in Brandenburg der Tag der Befreiung zum Gedenktag erhoben wurde.

# Dialog mit Russland fördern

**Alle Möglichkeiten eines Dialoges mit Russland ausschöpfen. Das wollen Matthias Platzeck, Vorsitzender des Deutsch-Russischen Forums und Kerstin Kaiser, Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung.**

**In einer Gesprächsrunde der Fraktion DIE LINKE. im Brandenburger Landtag Anfang Mai zu den deutsch-russischen Beziehungen betonte Kerstin Kaiser außerdem, dass der Austausch von Kindern, Jugendlichen und Vertretern nichtstaatlicher Organisationen (NJO) von deutscher Seite heruntergefahren wurde. Genau das Gegenteil sei notwendig, um Vertrauen aufzubauen. Der europapolitische Sprecher der Linksfraktion, Marco Büchel, der die Diskussion in Potsdam mit ca. 80 Zuhörern moderierte, verwies darauf, dass die Russische Föderation zu den wichtigsten Wirtschaftspartnern Brandenburgs gehört. Doch die EU-Sanktionen nach dem russischen Vorgehen auf der Krim und in der Ukraine überschatteten die Beziehungen.**

Mit Blick auf den 22. Juni, an dem sich der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion zum 75. Mal jährt und angesichts von über 27 Millionen ermordeten sowjetischen Menschen im Zweiten Weltkrieg unterstrich Matthias Platzeck die große Leistung der Bürger des Landes, die dem deutschen Volk stets Versöhnung, Verständigung und Freundschaft angeboten haben. Dabei beklagte er die enorme Unwissenheit über das größte Land der Erde mit mehr als 80 Nationalitäten.

Er war von Anfang an gegen Sanktionen, zumal immer unklar schien, was mit ihnen erreicht werden solle. Ebenso wertete Platzeck die Auflösung des NATO-Russland-Rates als falsch, sei dieser doch als wichtiges Forum für Konsultationen besonders in Krisenzeiten geschaffen worden.




Foto: Renate Adolph

In diesem Zusammenhang erinnerte Kerstin Kaiser an die Rede Putins von 2001 im Deutschen Bundestag, auf der er eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur anbot. Die Gefahr eines Einmarsches russischer Truppen in baltische Nachbarländer halte sie für absurd. „Die Folgen der Sanktionen treffen unsere Bauern, Handwerker und den Mittelstand mit verheerenden Folgen“, sagte sie.

Ein Fehler Putins sei es gewesen, in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht genügend in Investition, Modernisierung und Bildung gesteckt zu haben. Zudem durchlebe Russland in Folge dramatisch gesunkener Ölpreise zurzeit eine tiefe Krise.

**Dem Frieden dienen**

Platzeck verdeutlichte, dass von Gorbatschow 1990 eine schriftliche Fixierung der mündlichen Zusage der NATO, diese nicht nach Osten zu erweitern, verpasst wurde, auch nach dessen eigenen Aussagen. Die USA vertreten gegenüber Russland eindeutig eigene Interessen, um ein Erstarken russisch-europäischer Beziehungen zu torpedieren, was auch veröffentlichte Strategiepapiere belegten. Bei internationalen Verstößen gegen das Völkerrecht werde mit zweierlei Maß gemessen. Der Einmarsch der USA in den Irak stellte eindeutig eine Völkerrechtsverletzung dar, mit weit über 100 000 Toten und verheerenden Auswirkungen auf die gesamte Nahost-Region. Platzeck bekundete, ihm sei alles wichtig, was der Erhaltung des Friedens diene.

Er freue sich, dass der Petersburger Dialog wieder ausgebaut werde.

Auch konnte sich Brandenburg als Partnerland der diesjährigen Deutschen Woche in St. Petersburg einem breiten Publikum präsentieren und dabei auch auf die engen historischen und kulturellen Bezüge zu Russland verweisen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wolle Städtepartnerschaften, Schüleraustausche, Treffen von Institutionen und Verbänden der beiden Ländern wiederbeleben helfen, gab Kerstin Kaiser als abschließenden optimistischen Ausblick.

*Renate Adolph*

## Bürgerbüros

**Thomas Nord (MdB)**
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon: (0 33 46) 85 21 45
thomas.nord@bundestag.de
www.thomas-nord.de

**Marco Büchel (MdL)**
Grünstraße 8,
16259 Bad Freienwalde
Telefon: (0 33 44) 33 45 41

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 49 77 11
Fax: (0 33 41) 31 47 75

Persönl. Sprechzeiten:
1. und 3. Mo im Monat
Bitte VORHER telefonisch anmelden
info@marco-buechel.de
www.marco-buechel.de

## Geschäftsstellen

**Bad Freienwalde**
Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41
www.dielinke-frw.de
Öffnungszeiten:
Di. 9 –11 Uhr

**Strausberg**
Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr
E-Mail: info@dielinke-mol.de

## LinksTreff

**LinksTreff Seelow**
Breite Straße 9
15306 Seelow
Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47
E-Mail: info@dielinke-seelow.de
www.dielinke-seelow.de
Öffnungszeiten:
Mo. – Do. 9–12 Uhr


## IMPRESSUM

**Herausgeber**: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL

Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung »Impulse« wird durch Spenden finanziert.

**V.i.S.d.P.** : Bettina Fortunato
Tel. 0 33 41-31 17 96
**E-Mail** : impulse@dielinke-mol.de
**Redaktion** : Renate Adolph
**Layout u. Satz** : Fortunato Werbung
www.fortunato-werbung.de
**Fotos/ Grafik** : DIE LINKE. MOL, privat


# Aufruf zur Demonstration:

## „Für Menschlichkeit und Miteinander“

Wir, im brandenburgischen Landtag vertretenen Parteien, stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die rassistischen Parolen und Ressentiments mit Solidarität für Geflüchtete und Menschlichkeit entgegentritt. Wir zeigen, dass das Miteinander keine leere Worthülse, sondern ein gelebtes Prinzip unserer Gesellschaft ist. Wir wollen das wahre Abbild der deutschen Gesellschaft in den Medien vertreten sehen. Immer mehr lassen sich in Deutschland rassistische, fremden- und demokratiefeindliche Tendenzen erkennen, denen wir uns mit Humanismus entgegensetzen.
Allein 2015 gab es über 200 rechtspopulistische oder gar rassistische Kundgebungen und Demonstrationen in Brandenburg. Kriegsflüchtlinge, Asylsuchende und Migranten sind für die Organisatoren solcher Veranstaltungen das eigentliche Ziel. Durch Lügen, Verdrehungen und Gerüchte wird eine Atmosphäre der Angst geschaffen, die Anschläge auf Unterkünfte und Menschen rechtfertigen soll. Wir wollen zeigen, dass diese Menschenfeinde nicht die Mehrheit der Gesellschaft vertreten.
Wer jetzt den Weg über das Mittelmeer hierher schafft, flieht unter Lebensgefahr vor Krieg, aus zerstörten Ländern, vor unmenschlichen Zuständen und Hunger in Flüchtlingslagern.
Wir wollen, dass diese Menschen hier in Frieden und ohne Angst leben können. Niemand ist dadurch in seiner Existenz bedroht. Viele von uns helfen – beruflich, ehrenamtlich, privat. Wir in Märkisch-Oderland wollen bekunden, dass Menschen in Not bei uns willkommen sind. Deshalb schließen Sie sich uns an und zeigen Sie mit uns zusammen Menschlichkeit und Miteinander!




**Nehmen Sie teil an der Demonstration und Kundgebung am 11. Juni 2016 ab 13 Uhr! Der Treffpunkt ist am S-Bahnhof Strausberg Stadt.**

Die **Abschlusskundgebung** beginnt ca. 14.30 Uhr auf dem Marktplatz (Strausberger Altstadt).

Zu dieser Demonstration rufen auf:
DIE LINKE MOL, CDU MOL, SPD Unterbezirk MOL, Bündnis 90/Die Grünen MOL, FDP MOL

# Armut trotz Mindestlohn

Postfach

Auch wenn nach einem Jahr Mindestlohn durchaus eine positive Bilanz und ein Schritt in die richtige Richtung zu verzeichnen sind, kann das nur der Anfang einer Entwicklung sein, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Es gibt weiterhin prekäre Arbeitsverhältnisse wie befristete Arbeitsverträge, die trotz Mindestlohn in Knechtschaft und Ausbeutung münden. Darüber informierte Dr. Andreas Bernig, arbeitsmarktpolitischer Sprecher der LINKEN im Landtag Brandenburg und Mitglied im DGB Landesvorstand, kürzlich bei einer Veranstaltung der LINKEN Petershagen/Eggersdorf.
Auch die Höhe des Mindestlohnes und deren Ausnahmeregelungen stünden am Pranger.
Derzeit 8,50 Euro reichen nicht aus, um nicht im Alter arm zu sein, sondern nach Meinung der LINKEN müsste er derzeit bei über 10 Euro pro Stunde.
Eine Anpassung an die Lohnentwicklung ist notwendig, um von der Rente leben zu können.
Auch die ungleiche Bezahlung zwischen Frau und Mann ist unakzeptabel. In Brandenburg erhalten die Frauen im Durchschnitt 8 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen für die gleiche Arbeit, im Bundesdurchschnitt sind es 22 Prozent. Hier sind die Parteien und die Gewerkschaften gefragt.



*Wilfried Hertel*
*Petershagen/Eggersdorf*

**Redaktionsschluss**
für die nächsten Impulse ist am **8. Juni 2016**




## Am 25. Juni

wird der **Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin**, neben dem Karl-Liebknecht-Haus, wieder zum Festgelände mit zahlreichen Bands, einem Kinderfest, Podiumsdiskussionen und einem bunten Markttreiben.




Die **1. Tagung des 5. Parteitages DIE LINKE. findet am 28. und 29. Mai** in der Messe Magdeburg statt.

Im Mittelpunkt werden die langfristige politisch-inhaltliche Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes 2017 und Wahl des neuen Parteivorstandes stehen.